

KRANKENKASSE

**3975 Anträge auf
Krankenkassenbeihilfen**

VADUZ – Aufgrund des neuen KVG, in Kraft seit 1. Januar 2004, ist das Hausarztssystem weggefallen. Anspruch auf Prämienverbilligung hatten somit im Jahr 2004 nicht nur die im Hausarztssystem Versicherten, sondern alle in Liechtenstein obligatorisch für Krankenpflege versicherten Personen, deren Erwerb die festgesetzten Erwerbsgrenzen nicht überschritten hat. Die Beiträge der Versicherten an die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) basieren auf so genannten «Kopfprämien», die unabhängig von Einkommen und Vermögen erhoben werden. Mit der individuellen Prämienverbilligung sollen die in einkommenschwachen Verhältnissen lebenden Personen finanziell entlastet werden.

Insgesamt sind 3975 Anträge von Versicherten beim Amt für Volkswirtschaft eingegangen, was etwa 14,2 Prozent der erwachsenen Wohnbevölkerung entspricht. Davon konnten 3393 Anträge (85,4 Prozent) positiv entschieden werden. Negative Entscheide mussten 582 (14,6 Prozent) erlassen werden, wobei in über 95 Prozent der Fälle (558) die Erwerbsgrenzen überschritten wurden. Von den 558 Ablehnungen infolge Überschreitens der Erwerbsgrenzen betrafen 97 Anträge solche von in Ausbildung stehenden Personen, wo das Elterneinkommen über der Erwerbsgrenze lag.

Die im Jahr 2004 tatsächlich ausgerichteten Leistungen des Landes für die Prämienverbilligung betragen 4 160 218 Franken. Zusätz-



lich wurden 20 081,40 Franken an noch ausstehenden Prämiensubventionen für Ansprüche aus dem Jahr 2003 «nachbezahlt».

Die 4 160 218 Franken an Prämienverbilligung des Jahres 2004 wurden an insgesamt 3393 Bezüger und Bezügerinnen ausgerichtet; dies sind 21,2 Prozent mehr als im Vorjahr (2800). Relativ zur erwachsenen Wohnbevölkerung lässt sich hieraus für 2004 eine Bezüger-Quote von 12,1 Prozent berechnen. Schliesslich ergibt die separate Betrachtung nach Geschlecht für den weiblichen (erwachsenen) Bevölkerungsanteil eine deutlich höhere Quote als für den männlichen (weiblich 7,8 Prozent, männlich 4,3 Prozent).

Weiter lässt sich aus den genannten Zahlen errechnen, dass im Jahr 2004 im Durchschnitt pro Bezüger 1226,10 Franken an Leistungen nach KVG ausgerichtet wurden; pro Monat ergibt dies ein Betrag von 102,20 Franken. Diese Grössen können ins Verhältnis gesetzt werden mit dem gemäss der Betriebsrechnung der OKP ausgewiesenen Prämien Soll pro versicherte Person in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung von 2556 Franken (mit Unfall) bzw. 2442 Franken (ohne Unfall) pro Jahr oder von 213 Franken (mit Unfall) bzw. 203,50 Franken (ohne Unfall) pro Monat und lassen dann folgende Interpretation zu: Hat eine versicherte Person im Jahr 2004 eine Prämienverbilligung erhalten, dann wurde dieser Person im Durchschnitt fast 50 Prozent ihrer Monatsprämie subventioniert.

Die Erfahrungen mit der Durchführung der Prämienverbilligung haben deutlich gemacht, dass die Prämienverbilligung für einkommenschwache Versicherte eine echte finanzielle Entlastung bringt und daher einem absoluten Bedürfnis entspricht.

Der Abschlussbericht über die Prämienverbilligung für das Jahr 2004 kann beim Amt für Volkswirtschaft, Abteilung Sozialversicherung/Prämienverbilligung, Austraße 15, 9490 Vaduz, bezogen werden (Telefon +423 / 236 62 92, Fax +423 / 236 74 20, E-Mail: cornelia.konrad@avw.llv.li, Internet: www.avw.llv.li). (pafi)

«Verzögerung möglich»**Botschafter Christian Wenaweser über die anstehenden UNO-Reformen**

NEW YORK – Christian Wenaweser, Liechtensteins Botschafter in New York, ist intensiv in die Reformbestrebungen der UNO involviert. Wie die Reformen gedeutet, verriet er dem Volksblatt in einem Gespräch.

• Martin Frommelt

Volksblatt: Herr Botschafter, vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York hat in der vergangenen Woche die Debatte über eine mögliche Erweiterung des Sicherheitsrats begonnen: Die Meinungen gehen erwartungsgemäss diametral auseinander: Wie gut ist aus Ihrer Sicht als Co-Vorsitzender des Reformausschusses Ihr «Kind» unterwegs?

Christian Wenaweser: Die «G4», also Brasilien, Deutschland, Indien und Japan, welche für sich und zusätzlich zwei afrikanische Staaten einen Ständigen Sitz beanspruchen, sind in einer schwierigen Situation, und es ist nicht klar, dass ihr Vorschlag die notwendige Zweidrittelmehrheit auf sich ziehen wird. Die anderen Vorschläge – der afrikanische, welcher einen Sicherheitsrat mit 26 Sitzen und das Veto für die neuen Ständigen Mitglieder vorsieht, und der «Uniting for Consensus»-Text, der nur Nicht-Ständige Sitze vorsieht, sind taktischer Natur und würden eine Abstimmung nicht überleben.

**Mit Alternativen
bereitstehen**

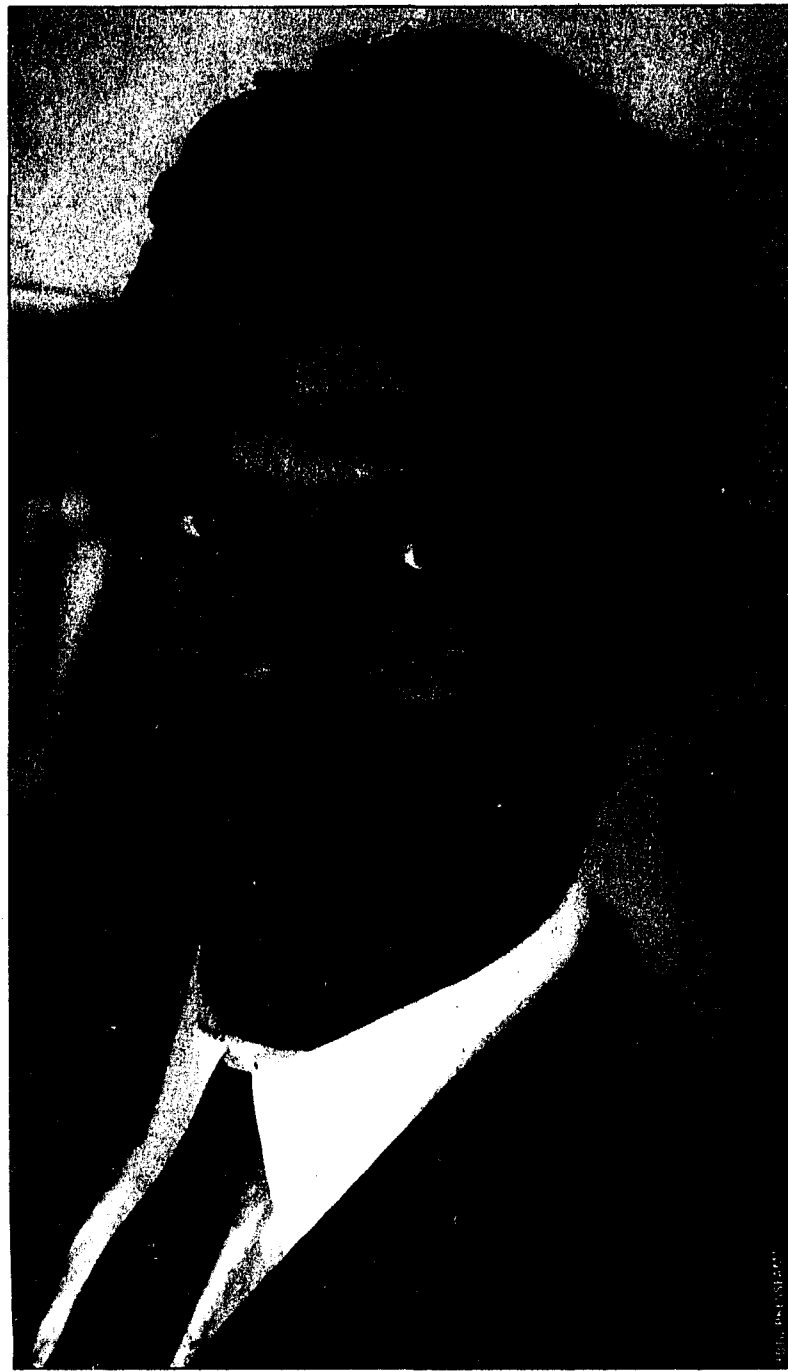
Unser eigenes «Kind», also ein möglicher Vorschlag des Präsidenten der Generalversammlung, hat das Licht des Tages noch gar nicht gesehen, sondern ruht immer noch in meinem Laptop – der Zeitpunkt für eine Veröffentlichung ist noch nicht gekommen. Ich habe Zweifel an den Erfolgsaussichten des G4-Vorschlags, und wir müssen mit Alternativen bereitstehen.

Was war der liechtensteinische Beitrag, den Sie als Co-Vorsitzender des Reformausschusses eingebracht haben und wie gross schätzen Sie die Chancen derzeit noch ein, dass der Vorschlag Ihres Ausschusses durchgeht?

Meine Arbeitsgruppe hat sich vornehmlich im Bereich der Arbeitsmethoden engagiert – es soll dafür gesorgt werden, dass Nicht-Mitglieder des Sicherheitsrats besseren Zugang zum Rat haben. Die entsprechenden Vorschläge wurden in enger Zusammenarbeit mit der Schweiz erarbeitet, und eine formelle Verabschiedung wird noch eine Weile dauern. Im Augenblick nimmt die Erweiterungsdebatte den gesamten Raum ein.

Sind Sie als Co-Vorsitzender des Reformausschusses in die jetzige Debatte aktiv eingebunden?

Als Co-Vorsitzender bin ich auch Berater von Jean Ping (Gabon), dem Präsidenten der Generalversammlung. Diese Beratertätigkeit ist sehr intensiv und zeitaufwändig. Ich konsultiere alle interessierten und betroffenen Parteien. Diese Tätigkeit reisst im Augenblick und wohl noch bis Ende des Monats kaum einmal ab. Hingegen haben wir an der Debatte der vergangenen Woche nicht teilgenommen, also auf eine Wortmeldung als Liechtenstein verzichtet. Meine gegen-



Botschafter Christian Wenaweser über die anstehende Reform des UNO-Sicherheitsrates: «Wir warnen zur Vorsicht in Sachen Abstimmung, weil unseres Erachtens alles andere als klar ist, dass der Vorschlag die notwendige Zweidrittelmehrheit erhalten wird.»

wärtige Arbeit findet fast ausschliesslich hinter den Kulissen statt.

Sie haben ebenso wie UNO-Generalsekretär Annan verschiedentlich gesagt, dass nur eine Gesamtreform der UNO Sinn mache: Warum würde die Reform nicht funktionieren, wenn die verschiedenen Vorschläge getrennt würden?

Es kann schon Reform geben, ohne dass der Sicherheitsrat reformiert wird, aber das Ergebnis wäre höchst unbefriedigend. Der Sicherheitsrat ist das Kernstück der UNO, und alle sind sich einig, dass Reform und Erweiterung notwendig sind, um den Sicherheitsrat zu modernisieren. Wenn die Sicherheitsratsreform scheitert, fehlt ein zentrales Stück, und die Öffentlichkeit würde entsprechend reagieren.

**Keine
Sicherheitsratsreform
wäre unbefriedigend**

Die allgemeine Wahrnehmung wäre, dass wir nicht fähig sind, wirklich wesentliche und schwierige Probleme zu lösen.

Die USA stehen einer grösseren Erweiterung des Sicherheitsrates ablehnend gegenüber, weil das ihrer Ansicht nach die Effizienz verringert: Was halten Sie dem dagegen?

Die USA lehnen Erweiterung nicht grundsätzlich ab, aber sie bevorzugen einen Rat von 19 bis 20 Mitgliedern, während die jetzigen

Vorschläge 25 bzw. 26 Mitglieder vorsehen. Ich bin der Auffassung, dass zur Effizienz auch gehört, dass die gesamte Völkergemeinschaft angemessen vertreten ist. Allerdings kann man den Einwand der USA nicht einfach vom Tisch wischen, dass eine massive Erweiterung auch Probleme schaffen wird. Die USA wollen vor allem keine Lösung zur Sicherheitsratsreform, bevor keine Ergebnisse zu anderen, für sie wichtigeren, Reformthemen vorliegen. Wir sind hingegen der Auffassung, dass die Sicherheitsratsreform vorangehen muss.

Wie sieht der aktuelle Terminplan und das ganze Reform-Prozedere aus?

Die G4 wollen ihren Vorschlag grundsätzlich noch im Juli zur Abstimmung vorlegen. Entschieden ist aber gar nichts, und ein verbindlicher Zeitplan existiert damit nicht. Das Treffen der G4-Aussenminister am Sonntag in New York hat dazu auch keine Klärung gebracht, die G4 nun zunächst mit der afrikanischen Gruppe verhandeln. Wir warnen zur Vorsicht in Sachen Abstimmung, weil unseres Erachtens alles andere als klar ist, dass der Vorschlag die notwendige Zweidrittelmehrheit erhalten wird. Wenn ein Vorschlag in einer Abstimmung scheitert, können wir die Sicherheitsratsreform bis auf weiteres vergessen. Es ist also eine Verzögerung über den Juli hinaus möglich.

Sollten die UN-Mitglieder der Reform zustimmen, ist die Messe aber noch nicht gelesen, weil die ständigen Mitglieder im Rahmen des Ratifizierungsprozesses eine

Vetomöglichkeit haben: Muss vor allem aufgrund der bisherigen Haltung der USA nicht spätestens hier das Ende aller Reformbemühungen befürchtet werden?

**Keine Ratifikation:
Situation schlimmer
als heute**

Das ist vollkommen richtig und eine der Hauptschwierigkeiten des G4-Vorschlags: Wenn wir eine Reform haben, die beschlossen ist, aber nie in Kraft tritt, weil gewisse Ständige Mitglieder nicht ratifizieren, haben wir eine Situation geschaffen, die noch schlimmer ist als die jetzige. Es besteht die Gefahr, dass weder die USA noch China (und allenfalls Russland) die Ratifikation des gegenwärtigen Vorschlags vornehmen würden.

Geht es bei der Reform nicht auch um die Glaubwürdigkeit der ohnehin angeschlagenen Vereinten Nationen? Ein Scheitern der Reformbemühungen würde doch die Frage aufwerfen, wie die UN die schwierigen globalen Probleme lösen wollen, wenn sie nicht einmal fähig sind, sich im eigenen Haus auf eine gemeinsame Lösung zu einigen?

Auch hier bin ich einverstanden: Es geht nicht an, dass wir alle sagen – seit einiger Zeit übrigens –, dass der Sicherheitsrat reformiert werden muss und dann nicht fähig sind, eine Lösung herbeizuführen. Das kann nur als Scheitern bezeichnet werden, und die öffentliche Meinung würde auch so reagieren. Es ist aber auch zu betonen, dass die Sicherheitsratsreform das komplexeste aller Reformthemen ist: Eine radikale Neugestaltung ist nicht möglich, weil der Status der existierenden Ständigen Mitglieder nicht angetastet werden kann. Daher handelt es sich um eine Übung, welche um das eigentliche Kernproblem herum arbeiten muss. Ausserdem sind die innenpolitischen Risiken in vielen Ländern, welche sich stark exponieren, enorm hoch. Schauen Sie sich nur einmal die innenpolitische Situation in Deutschland oder Japan an.

Sie als Liechtensteiner Botschafter haben sich im Reformausschuss sehr intensiv und an vorderster Front für die UN-Reform eingesetzt: Was bringt dies unserem kleinen Land?

**Höhepunkt der
diplomatischen Arbeit
für Liechtenstein**

Für mich ist diese Tätigkeit ein Höhepunkt meiner Arbeit als Botschafter in New York. Ich kann die schwierigste und prominenteste Frage der UNO-Agenda mitgestalten und habe Zutritt zu allen wichtigen Parteien. Viel spannender und anspruchsvoller kann UNO-Diplomatie nicht sein. Für Liechtenstein ist das eine grosse Anerkennung und Ehre, und unser Engagement findet grosse Anerkennung. Die Arbeitsbelastung ist zwar enorm, vor allem weil die anderen Arbeiten ja nicht einfach aufhören, aber es ist keine Frage, dass sich der Einsatz lohnt.